

Südwest-SPD hofft auf Schulz-Effekt

Landesparteitag morgen in Schwäbisch Gmünd

Von unserer Mitarbeiterin
Bettina Grachtrup

Stuttgart. Nach dem desolaten Abschneiden bei der Landtagswahl vor einem Jahr nimmt die baden-württembergische SPD jetzt Kurs auf die Bundestagswahl. Beim Parteitag morgen in Schwäbisch Gmünd im Ostalbkreis soll die Landesliste für die Wahl im September aufgestellt werden. Die Delegierten wollen die Landesvorsitzende Leni Breymaier zur Spitzenkandidatin wählen. Für gute Stimmung dürfte Martin Schulz sorgen: Der SPD-Kanzlerkandidat stattet dem Parteitag am Mittag einen rund einstündigen Besuch ab. Schulz' Kandidatur bescherte auch der baden-württembergischen SPD einen deutlichen Mitgliederzuwachs in den vergangenen Wochen. Dabei sah es vor rund einem Jahr gar nicht so gut aus für die SPD: Sie sackte bei der Landtagswahl auf 12,7 Prozent ab. Als Konsequenz nahm Landeschef Nils Schmid seinen Hut. Er will nun in den Bundestag.

Bislang sitzen für die Südwest-SPD 20 Abgeordnete im Parlament. Nachdem zwischenzeitlich befürchtet worden war, dass die Zahl der SPD-Abgeordneten aus dem Südwesten sinken könnte, sind die Parteioberen wegen des Schulz-Effektes nun wieder guten Mutes. Laut ei-

ner aktuellen Befragung von Infratest dimap erreicht die baden-württembergische SPD derzeit 20 Prozent.

Für den Parteitag morgen bringt der Landesvorstand einen Leitantrag zum Thema Gerechtigkeit ein. Der Vorstand schlägt darin zum Beispiel vor, den Spitzensteuersatz von 42 auf 49 Prozent anzuheben – und zwar für zu versteuernde Jahreseinkommen ab 100 000 Euro bei

Alleinstehenden und 200 000 Euro bei Eheleuten. Zudem wird eine Vermögensteuer vorgeschlagen, bei der aber ausgeschlossen sein soll, dass sie mittelständischen Betrieben an die Substanz geht. Auch setzt sich die SPD für eine Stärkung der gesetzlichen Rente ein. Da sich der Vorstand nicht einigen konnte, stehen zwei Varianten zur Abstimmung: Die erste, die von Landeschefin Breymaier befürwortet wird, sieht vor, dass das Rentenniveau von

derzeit rund 48 Prozent langfristig auf mindestens 50 Prozent angehoben wird, ohne dass die Beitragssätze explodieren. Finanziert werden soll das über eine moderate Anhebung des Rentenbeitrags und eine vorübergehende Erhöhung direkter Steuern. Bei der zweiten Variante soll das Rentenniveau nicht unter das heutige Niveau von 48 Prozent sinken – mit einer Finanzierung aus höheren Beiträgen und einem höheren Steuerzuschuss zur Rentenversicherung.



LENI BREYMAIER soll Spitzenkandidatin der Südwest-SPD werden. Foto: dpa